

Bericht

des

schweizerischen Bundesgerichts an die Bundesversammlung über seine Geschäftsführung im Jahre 1947

(Vom 9. Februar 1948)

Herr Präsident!

Hochgeehrte Herren!

Wir haben die Ehre, Ihnen gemäss Art. 21 des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege über die Tätigkeit des Bundesgerichts im Jahre 1947 Bericht zu erstatten.

A. Allgemeines

In der personellen Zusammensetzung des Bundesgerichts ist im Berichtsjahr keine Änderung eingetreten.

Zum Mitglied der eidgenössischen Oberschätzungskommission wählte das Bundesgericht an Stelle des verstorbenen Herrn Alfred Hodel in Neuenburg Herrn Frantz Fulpius, Architekt in Genf, und an Stelle des zurückgetretenen Herrn Regierungsrat und Ständerat Ernst Lieb in Schaffhausen Herrn Emil Wächli, ing. agr., Verwalter der landwirtschaftlichen Schule in Schaffhausen. Zum Präsidenten der Schätzungskommission des Kreises VI (Zürich, Schaffhausen, St. Gallen, Thurgau, beide Appenzell) wurde für den zurückgetretenen Herrn Prof. Dr. Fritz Goetzinger in Basel Herr Dr. Hans Rüegg, Stadtpräsident in Winterthur, gewählt; dieser wurde als zweiter Ersatzmann des Präsidenten durch Herrn Dr. Hans Hinderling, Appellationsgerichtspräsident in Basel, ersetzt.

An Stelle des verstorbenen Herrn Dr. Paul Gsell in Frauenfeld wählte das Bundesgericht als eidgenössischen Untersuchungsrichter für die deutsche Schweiz dessen bisherigen Ersatzmann Herrn Otto Gloor, Bezirksanwalt in Zürich, und als neuen Ersatzmann Herrn Dr. Peter Halter, Staatsanwalt in Luzern.

Das Bundesgericht erstattete dem Bundesrat seine Vernehmlassung zum Postulat Dietschi betreffend die Frage der Erweiterung der Kognitionsbefugnis des Bundesgerichts im Verwaltungsgerichtsbeschwerdeverfahren in Bundessteuersachen.

Durch Art. 9 des Bundesratsbeschlusses vom 10. Dezember 1945 betreffend die Klagen auf Rückgabe in kriegsbesetzten Gebieten weggenommener Vermögenswerte ist die Kompetenz zur Entscheidung von Streitigkeiten auf Grund dieses Beschlusses einer aus drei Mitgliedern des Bundesgerichts bestehenden Kammer als einziger Instanz zugewiesen worden. Die Kammer setzte sich im Berichtsjahr aus Herrn Bundesgerichtspräsident Leuch und den Herren Bundesrichtern Stauffer und Rais zusammen. Bis gegen Ende des Berichtsjahres waren bei der «Raubgut-Kammer» 22 Klagen hängig, wovon mehrere Fälle grösseren Umfangs. Am letzten Tage der Frist zur Einreichung solcher Rückforderungsbegehren (31. Dezember 1947) sind dann aber, hauptsächlich durch Vermittlung der diplomatischen Vertretungen ehemals besetzter Länder und des eidgenössischen Politischen Departements, beim Bundesgericht gleichzeitig 811 Klagen eingegangen.

Abgesehen von diesen ausserordentlichen Klagen ist die Gesamtzahl der neu eingegangenen Fälle von 2302 im Jahre 1946 auf 2270 im Berichtsjahre, also um 32 Geschäfte oder zirka 1,4% zurückgegangen. Die Zahl der erledigten Fälle dagegen hat weiterhin zugenommen, nämlich von 2267 auf 2299. Auf das Jahr 1948 übertragen wurden 404 Fälle, während es im Vorjahr 433 waren. Der Rückgang der Neueingänge entfällt hauptsächlich auf die staats- und die verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten; die ersteren gingen von 933 auf 919 (—14) und die letztern von 348 auf 259 (—89) zurück, während sich die Zivilsachen annähernd und die Schuldbetreibungsrekurse genau auf dem Stand des Vorjahres hielten. Die genannten Rückgänge werden aber fast ganz aufgewogen durch die Zunahme der Neueingänge in Strafsachen von 457 auf 531, d. h. um 74 Fälle.

Eine aussergewöhnliche Inanspruchnahme stellten auch die mehrwöchigen, in Zug und in Luzern durchgeführten Bundesstrafgerichtsprozesse in Sachen Frei und Konsorten und Riedweg und Konsorten wegen Angriffs auf die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft dar.

Im letztjährigen Geschäftsbericht wurden die vom Gericht im Dezember 1946 beschlossenen internen Massnahmen zur Entlastung der staats- und verwaltungsrechtlichen Abteilung im einzelnen genannt. Gemäss Ziff. 2 derselben werden staatsrechtliche Beschwerden wegen Verletzung von Art. 4 der Bundesverfassung aus dem Gebiete des Zivil- und Zivilprozessrechts sowie des Straf- und Strafprozessrechts der für die betreffende Materie zuständigen Abteilung zur Entscheidung, Beschwerden dieser Art aus dem Gebiete des Schuldbetreibungsrechts zur Instruktion einem Mitglied der Schuldbetreibungskammer und zur Entscheidung der II. Zivilabteilung, Besetzung *b*, zugeteilt. Diese Zuweisung hat sich dahin ausgewirkt, dass 76 staatsrechtliche Beschwerden durch die I. Zivilabteilung, 116 durch die II. Zivilabteilung und 66 durch den Kassationshof erledigt wurden, zusammen 258 Fälle. Dank dieser Verschiebung in der Geschäftsverteilung konnte von der Zuweisung von Beschwerden zur Berichterstattung an bestimmte Mitglieder anderer Abteilungen (Ziff. 3 der Entlastungs-

massnahmen) bald abgesehen werden. Die Hilfsaktion bedeutete für die genannten drei Abteilungen eine fühlbare Mehrbelastung, insbesondere für den Kassationshof bei der starken Zunahme seiner ordentlichen Geschäfte. Die im letztjährigen Geschäftsbericht angedeuteten Befürchtungen bezüglich eines ungünstigen Einflusses der Aufspaltung der Staatsrechtspflege auf die Einheitlichkeit der Rechtsprechung über den Begriff der Willkür haben sich bis jetzt als unbegründet erwiesen.

Zahl der Sitzungen pro 1947

Plenum	1
I. Zivilabteilung	33
II. Zivilabteilung	31
Staatsrechtliche Kammer	38
Verwaltungsrechtliche Kammer	21
Kassationshof	28
Schuldbetreibungs- und Konkurskammer	5
Anklagekammer	10
Bundesstrafgericht	7
	<hr/>
Total	174

Statistik über die Erledigungen von 1943 bis 1947

Natur der Streitsache	1943			1944			1945			1946			1947			Auf 1948 übertragen
	Von 1942 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt	Von 1943 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt	Von 1944 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt	Von 1945 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt	Von 1946 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt	
<i>I. Zivilsachen:</i>																
1. Erst- u. letztinstanzlich zu beurteilende Zivilsachen	8	10	5	13	10	10	13	18	10	21	8	16	13	9	9	13
2. Berufungen gegen Urteile kantonalen Gerichte	53	353	353	53	356	316	63	358	338	83	348	363	68	341	338	71
3. Zivilrechtl. Beschwerden (aOG)	3	61	55	9	52	53	8	3	11	—	—	—	—	—	—	—
Nichtigkeitsbeschwerden (rev. OG)	—	7	4	3	12	14	1	11	9	3
4. Andere Zivilsachen (Revisions-, Erläuterungs- und Moderationsbegehren)	2	14	15	1	22	23	—	20	18	2	4	4	2	9	8	3
5. Rekurse in Expropriationssachen	3	10	7	6	16	8	14	14	19	9	10	5	14	6	9	11
<i>II. Strafsachen</i>	16	308	298	26	396	397	25	404	402	28	457	460	25	531	523	33
<i>III. Staatsrechtliche Streitigkeiten</i>	153	768	767	154	773	795	132	776	751	157	933	881	209	919	939	189
<i>IV. Verwaltungsverfahren</i>	68	224	231	61	297	280	78	303	298	83	348	335	96	259	263	72
<i>V. a. Beschwerden betr. das Schuldbetriebsverfahren und Konkurswesen</i>	9	192	197	4	222	223	3	185	182	6	175	178	3	175	173	5
<i>b. Eisenbahn-, Hotel-, Gemeinde- und Banken-Sanierungen</i>	8	6	12	2	7	2	7	7	9	5	6	10	1	6	4	3
<i>VI. Freiwillige Gerichtsbar.</i>	2	2	2	2	1	2	1	3	4	—	1	1	1	1	4	1
Total	325	1948	1942	331	2152	2139	344	2098	2046	397	2302	2367	433	2270	2399	404

B. Spezieller Teil

I. Zivilrechtspflege

Eine Übersicht über die Zivilsachen, mit denen sich das Bundesgericht im Jahre 1947 zu befassen hatte, gibt folgende Tabelle:

Natur der Streitsache	Von 1946 übertragen	Neu eingegangen	Total	Erledigt	Auf 1948 übertragen
1. Vom Bundesgericht als einziger Zivilgerichtsinstanz zu beurteilende Streitsachen (Art. 41 und 42 OG) . . .	13	9	22	9	13
2. Berufungen (Art. 43 f. OG)	68	341	409	338	71
3. Nichtigkeitsbeschwerden (Art. 68 OG)	1	11	12	9	3
4. Revisions-, Erläuterungs- und Moderationsbegehren . . .	2	9	11	8	3
5. Rekurse in Enteignungssachen	14	6	20	9	11
Total	98	376	474	373	101

Von den Berufungen wurden 184 abgewiesen, 38 ganz oder teilweise gutgeheissen, 54 durch Rückzug oder Vergleich erledigt, auf 51 wurde nicht eingetreten, und 11 Fälle wurden an die Vorinstanz zurückgewiesen.

Von den 71 auf 1948 übertragenen Berufungen stammen zwei aus dem Jahre 1946; die übrigen sind im Berichtsjahre eingegangen (davon 52 in den Monaten November und Dezember).

II. Strafrechtspflege

a. Die Anklagekammer hatte sich mit 60 Fällen (Vorjahr 60) zu befassen, nämlich mit:

der Aufsicht über 6 Voruntersuchungen, d. h.

den Fall Oltramare und Mitangeklagte wegen Angriffs auf die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft, Widerhandlung gegen den Bundesratsbeschluss vom 4. August 1942 über Straf- und Verfahrensbestimmungen zum Schutze der Landesverteidigung und der Sicherheit der Eidgenossenschaft sowie gegen den Bundesratsbeschluss vom 7. März 1947 betreffend den Abbau von Bestimmungen zum Schutze der verfassungsmässigen Ordnung;

den Fällen Römer und Sutter (die der Prozeßsache Frei und Mitangeklagte angeschlossen wurden) wegen Angriffs auf die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft und politischen Nachrichtendienstes;

den Fällen Riedweg und Mitangeklagte sowie Stadler wegen Angriffs auf die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft, politischen und militärischen Nachrichtendienstes, Werbens und Vorschubleistens zu fremdem Militärdienst und Eintritts in fremden Militärdienst;

den Fall Burri und Mitangeklagte wegen Angriffs auf die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft, staatsgefährlichen Unternehmens, militärischen und politischen Nachrichtendienstes;

53 Gerichtsstandsstreitigkeiten: 37 Gerichtsstandstreitigkeiten unter Behörden zweier oder mehrerer Kantone (Art. 264 BStP); in 16 Fällen erfolgte die Festsetzung des Gerichtsstandes auf Begehren einer Partei; die Erledigung von 2 Begehren wurde auf das Jahr 1948 übertragen;

1 Streitigkeit unter Kantonen wegen Verweigerung der Rechtshilfe.

b. Das Bundesstrafgericht hat den seit dem Vorjahr hängigen Fall Frei und Mitangeklagte zusammen mit den Bundesstrafsachen Römer und Sutter in einer siebzehn Tage dauernden Sitzung beurteilt. Der Fall Oltramare, Fonjallaz und Bonny wurde in einer fünftägigen, der Fall Riedweg, Stadler und Mitangeklagte in einer siebzehntägigen Sitzung erledigt.

Beim Bundesstrafgericht hängig bleibt das Verfahren gegen Burri und Mitangeklagte.

Von zwei Gesuchen um Vollzug bedingt aufgeschobener Strafen wurde das eine gutgeheissen. Die Erledigung des andern wurde auf das Jahr 1948 verschoben.

Zwei Verurteilte, die in Abwesenheit beurteilt worden waren, ersuchten um Wiederaufnahme des Verfahrens. Das Bundesstrafgericht trat auf ihr Begehren nicht ein.

Auf ein Gesuch um Revision eines vom Militärkassationsgericht gefällten Urteils wurde nicht eingetreten.

Einem Gesuch um Bestimmung des Anwaltshonorars in einer vom Bundesstrafgericht abgeurteilten Sache wurde entsprochen.

Sieben Begehren um Löschung im Strafregister gemäss Art. 41, Ziff. 4, StGB wurden gutgeheissen.

c. Kassationshof. Die Zahl der anhängigen Geschäfte betrug 471 (im Vorjahr 420), wovon 23 aus dem Jahre 1946.

Davon wurden erledigt:

durch Gutheissung der Beschwerde	46
» Abweisung der Beschwerde	241
» Nichteintreten	124
» Rückzug	31

Unerledigt blieben

442

29

471

Ausser diesen Geschäften hat der Kassationshof 71 staatsrechtliche Fälle (wovon 5 aus dem Vorjahre) übernommen. Davon wurden 66 beurteilt und 5 auf das neue Jahr übertragen.

Von den insgesamt 508 erledigten Geschäften wurden gemäss Art. 275^{bis} BStP und Art. 92 OG 292 vom Dreierausschuss des Kassationshofes behandelt.

Die 29 auf 1948 übertragenen Geschäfte sind mit einer Ausnahme im Berichtsjahre eingegangen, 14 davon im Monat Dezember.

d. Ausserordentlicher Kassationshof.

Im Berichtsjahre sind 6 Geschäfte eingegangen; sie wurden teils durch Nichteintreten, teils durch Abweisung der Nichtigkeitsbeschwerde erledigt.

III. Staatsrechtspflege

Die im Jahre 1947 beim Staatsgerichtshof anhängig gewesenen Streitigkeiten verteilen sich wie folgt:

Natur der Streitsache	Übertragen aus dem Vorjahre	Neu eingegangen	Total	Erledigt	Auf 1948 übertragen
1. Kompetenzkonflikte zwischen Bundesbehörden und kantonalen Behörden (Art. 83 a OG)	—	1	1	1	—
2. Streitigkeiten zwischen Kantonen (Art. 83 b OG)	1	1	2	1	1
3. Streitigkeiten zwischen Vormundschaftsbehörden verschiedener Kantone (Art. 83 e OG)	—	4	4	4	—
4. Beschwerden von Privaten und Korporationen (Art. 84 a OG)	208	884	1092	910	182
5. Beschwerden wegen Verletzung von Konkordaten (Art. 84 b OG)	—	1	1	—	1
6. Beschwerden wegen Verletzung von Staatsverträgen mit dem Ausland (Art. 84 c OG)	—	2	2	2	—
7. Beschwerden wegen Verletzung bundesrechtlicher Vorschriften über die Zuständigkeit der Behörden (Art. 84 d OG)	—	3	3	2	1
8. Beschwerden betreffend die politische Stimmberechtigung und betreffend kantonale Wahlen und Abstimmungen (Art. 85 a OG)	—	8	8	6	2
9. Beschwerden betreffend Kompetenzkonflikte (Art. 223 MStG)	—	4	4	4	—
10. Revisions- und Erläuterungsbegehren	—	11	11	9	2
Total	209	919	1128	939	189

Von den auf 1948 übertragenen Geschäften stammen: eines aus dem Jahre 1934, 6 aus dem Jahre 1945, 25 aus dem Jahre 1946. Die übrigen sind im Geschäftsjahr eingegangen (davon 100 in den Monaten November und Dezember).

Von den 910 Beschwerden von Privaten und Korporationen (Ziff. 4 obiger Tabelle) sind 184 durch Nichteintreten, 110 durch ganze oder teilweise Gutheissung und 461 durch Abweisung erledigt worden; 155 sind zurückgezogen worden oder konnten als gegenstandslos abgeschrieben werden.

310 Fälle wurden durch den gemäss Art. 92 OG eingesetzten Ausschuss von drei Mitgliedern erledigt, ferner 76 Fälle von der I. Zivilabteilung, 116 Fälle von der II. Zivilabteilung und 66 Fälle von dem Kassationshof.

Wegen mutwilliger Beschwerdeführung bzw. Verletzung des durch die gute Sitte gebotenen Anstandes wurden 17 Beschwerdeführern bzw. Anwälten Ordnungsbussen auferlegt bzw. Rügen erteilt.

Vom Präsidenten der staatsrechtlichen Kammer waren 261 Begehren um Erlass provisorischer Verfügungen im Sinne von Art. 94 OG zu behandeln.

16 Fälle gaben Anlass zu einem Meinungs-austausch mit dem Bundesrat und den Departementen über die Kompetenzfrage (Art. 96 OG).

IV. Verwaltungsrechtspflege

Die im Jahre 1947 anhängig gewesenen verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten verteilen sich wie folgt:

Natur der Streitsache	Übertragen aus dem Vorjahre	Neu eingegangen	Total	Erledigt	Auf 1948 übertragen
I. <i>Beschwerden betreffend bundesrechtliche Abgaben</i> (Art. 97 und 98 OG)	73	185	258	214	44
II. <i>Beschwerden gemäss Art. 99 OG:</i>					
1. <i>Registersachen:</i>					
a. <i>Patent- und Markenrecht</i>	—	1	1	1	—
b. <i>Handelsregister</i>	1	12	13	12	1
c. <i>Grundbuch</i>	1	7	8	8	—
d. <i>Zivilstand</i>	—	3	3	2	1
2. <i>Stiftungsaufsicht</i>	2	—	2	—	2
3. <i>Zollsachen</i>	—	4	4	2	2
4. <i>Fabrik- und Gewerbewesen</i>	—	4	4	1	3
5. <i>Sozialversicherung</i>	1	2	3	1	2
6. <i>Post, Telephon und Telegraph</i>	1	1	2	2	—
7. <i>Schweizerbürgerrecht</i>	1	11	12	7	5
III. <i>Vermögensrechtliche Ansprüche:</i>					
a. <i>gegen den Bund</i> (Art. 110 OG)	1	2	3	1	2
b. <i>aus dem Bundesbeamtenverhältnis</i> (Art. 110 a OG)	3	7	10	8	2
c. <i>aus Haftung für Unfälle infolge militärischer Übungen</i> (Art. 110 b OG)	2	1	3	—	3
IV. <i>Anstände über Befreiung von kantonalen Abgaben</i> (Art. 111 a OG)	7	11	18	15	3
V. <i>Anstände über Entschädigung für Militärtransporte</i> (Art. 111 c OG)	—	1	1	—	1
VI. <i>Anstände zwischen Besitzern von Verbindungsgeleisen</i> (Art. 111 f OG)	1	—	1	1	—
VII. <i>Andere verwaltungsrechtliche Streitigkeiten</i> (Art. 112 OG)	1	—	1	1	—
VIII. <i>Disziplinarrechtspflege</i> (Art. 117 ff. OG)	—	3	3	2	1
IX. <i>Revisionsbegehren</i>	1	4	5	5	—
Total	96	259	355	283	72

Von den 355 anhängig gewesenen verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten sind erledigt worden durch:

Nichteintreten	10	
Rückzug oder Vergleich	42	
Gutheissung	61	
Abweisung	170	
		<u>283</u>
Übertragung auf 1948		72
		<u>355</u>

Von den übertragenen Geschäften stammen eines aus dem Jahre 1943, 3 aus dem Jahre 1946 und die übrigen aus dem Jahre 1947 (davon 36 aus den Monaten November und Dezember).

V. Schuldbetreibung und Konkurs

Die Gesamtzahl der hängigen Beschwerden und Rekurse betrug 178 (drei weniger als im Vorjahr); davon waren 3 Fälle vom Vorjahr übernommen. Erledigt wurden 173, so dass 5 Fälle auf das Jahr 1948 übertragen werden mussten.

Die Erledigung erfolgte:

durch Nichteintreten	20
» Rückzug oder Gegenstandslosigkeit	7
» ganze oder teilweise Gutheissung	45
» Abweisung	<u>101</u>
Total	<u>173</u>

Nachdem die Kammer im Vorjahre bei den Aufsichtsbehörden verschiedener Kantone vorstellig geworden war, erfolgte die Berichterstattung nunmehr fast durchwegs prompt und vollständig, und es waren hinsichtlich der allgemeinen Geschäftsführung nur vereinzelte Bemerkungen anzubringen.

Das Kreisschreiben Nr. 30 des Bundesgerichts vom 9. Juli 1945 musste, nachdem dessen Vorschriften vielerorts nachlässig gehandhabt wurden, nachdrücklich in Erinnerung gerufen werden, insbesondere im Hinblick auf das Abkommen von Washington.

Aus mehreren Kantonen wurden der Kammer Gesuche von Betreibungsämtern um Bewilligung des Kartensystems (Lose-Blätter-Systems) für das Betreibungsbuch (Betreibungsregister) unterbreitet. Bei dieser Gelegenheit ergab sich, dass grössere Ämter verschiedener Kantone mit Bewilligung ihrer Aufsichtsbehörde, jedoch ohne an das Bundesgericht gelangt zu sein, diese Änderung (in verschiedenen Spielarten) bereits eingeführt haben. Die Kammer hatte seinerzeit zu einem solchen Gesuch ablehnend Stellung genommen (siehe den Geschäftsbericht pro 1933). Gegenwärtig wird geprüft, ob eine Vereinfachung der Registerführung mit den erforderlichen Garantien durchführbar ist.

Inspektionen wurden keine vorgenommen.

Aus den Bescheiden und Gutachten an eidgenössische und kantonale Behörden seien erwähnt:

die Vernehmlassung zum Revisionsentwurf des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements für den Gebührentarif zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs, wobei die Kammer zur allgemeinen Taxerhöhung nicht Stellung nahm, jedoch die Anhörung der Kantonsregierungen und der Behörden einzelner Gemeinden dazu anregte und bemerkte, mit einer Taxerhöhung dürfe nicht ausser dem Teuerungsausgleich ein Ersatz für den Ausfall von Einnahmen wegen Abnahme der Betreibungen und Konkurse angestrebt werden; ferner dürfe die nicht um der am Verfahren Beteiligten, sondern um des öffentlichen Interesses willen aufzunehmende Statistik nicht wohl den Betreibungen und Konkursen belastet werden;

der einem kantonalen Inspektorat erteilte Bescheid über die Einreihung der Konkursakten in die verschiedenen Aufbewahrungskategorien nach der Verordnung vom 14. März 1938.

Eisenbahn-, Hotel- und Gemeindesanierungen: Im Berichtsjahre waren 6 Gesuche (wovon 1 aus dem Vorjahre) um Einberufung von Gläubigerversammlungen nach der Verordnung betreffend die Gläubigergemeinschaft bei Anlehensobligationen hängig, und zwar:

- 1 Gesuch einer Eisenbahngesellschaft,
- 4 Gesuche von Hotelunternehmungen,
- 1 Gesuch einer Gemeinde.

Die Beschlüsse der Gläubigerversammlungen von 1 Eisenbahngesellschaft und 3 Hotelunternehmungen wurden im Laufe des Geschäftsjahres von der II. Zivilabteilung genehmigt. 2 hängige Gesuche eines Hotels und einer Gemeinde wurden auf das folgende Jahr übertragen.

Ein Gesuch einer Eisenbahngesellschaft um Durchführung des Nachlassverfahrens ist auf das nächste Jahr übertragen worden.

Natur der Streitsache	Gesamtzahl der erledigten Geschäfte	Dauer der Geschäfte							Mittlere Dauer von der Er- ledigung bis zur Zustellung des Urteils bzw. Beschlusses				
		bis 1 Monat (= 30 Tage)	1 bis 3 Monate	3 bis 6 Monate	6 Monate bis 1 Jahr	1 bis 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre	Grösste Dauer	Mittlere Dauer	Monats Tage	Tag		
		Jahre	Monate	Tage	Jahre	Monate	Tage	Monats Tage	Tag				
<i>I. Zivilsachen:</i>													
1. Erst- und letztinstanz- liche Prozesse	9	—	—	1	5	1	2	6	2	8	21	10	44
2. Berufungen	338	111	174	48	5	—	—	9	9	6	1	28	40
3. Nichtigkeitsbeschwerden	9	2	6	1	—	—	—	3	3	8	1	14	12
4. Revisionsbegehren, Er- läuterungsbegehren und Moderationsgesuche	8	2	3	3	—	—	—	5	5	6	2	11	38
5. Expropriationen	9	—	—	—	3	6	—	2	—	—	18	7	6
<i>II. Strafsachen</i>	523	382	131	9	1	—	—	8	8	29	24	19	19
<i>III. Staatsrechtliche Streitig- keiten</i>	939	377	418	100	42	2	—	1	—	14	1	23	22
<i>IV. Verwaltungsverfahrenliche Streit- igkeiten</i>	283	25	105	129	21	2	1	3	9	24	3	13	27
<i>V. Beschwerden betr. Schuld- betreibungs- und Konkurs- wesen</i>	173	160	13	—	—	—	—	2	2	17	12	12	22
Total	2291	1059	850	291	77	11	3	—	—	—	—	—	—

VI. Eidgenössische Schätzungskommissionen

- Kreis I: Von 14 Geschäften (4 SBB, 2 PTT, 7 militärische Anlagen, 1 Schiessplatz) wurden 6 erledigt.
- Kreis II: Von 4 Geschäften (3 militärische Anlagen, 1 Oberzolldirektion) wurde eines erledigt.
- Kreis III: Von 10 Geschäften (3 SBB, 1 PTT, 5 militärische Anlagen, 1 elektrische Anlage) wurden 5 erledigt.
- Kreis IV: Von 6 Geschäften (1 PTT, 3 militärische Anlagen, 2 Kraftwerke) wurden 2 erledigt.
- Kreis V: Von 9 Geschäften (3 SBB, 3 militärische Anlagen, 3 elektrische Anlagen) wurden 2 erledigt.
- Kreis VI: Von 7 Geschäften (4 SBB, 2 PTT, 1 Kraftwerk) wurden 3 erledigt.
- Kreis VII: Von 8 Geschäften (2 SBB, 2 militärische Anlagen, 2 Kraftwerke, 2 Privatbahnen) wurden 4 erledigt.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, hochgeehrte Herren, die Versicherung unserer vorzüglichen Hochachtung.

Lausanne, den 9. Februar 1948.

Im Namen des schweiz. Bundesgerichts,

Der Präsident:

Leuch

Der Gerichtsschreiber:

Heiz
